

# Polizei mit System

**Überall soll gespart werden, alles wird in unseren Zeiten auf Effizienz und Effektivität getrimmt. Das gilt auch für die Arbeit der Polizei. Wir können diese Entwicklung beklagen oder wir können Verständnis dafür aufbringen, dass Politik und Bevölkerung grösstmöglichen Nutzen für ihren Steuerfranken erwarten.**

TEXT: ROGER SCHNEEBERGER, GENERALSEKRETÄR KONFERENZ DER KANTONALEN JUSTIZ- UND POLIZEIDIREKTORINNEN UND -DIREKTOREN (KKJPD); FOTO: ZVG



Roger Schneeberger.

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren beschäftigt sich seit Jahren zunehmend mit der Frage, in welchen Bereichen der Justiz und der Polizei wir noch besser und effektiver werden können. Das grösste Potenzial orten wir dabei im Bereich der Informatik (IT) und in einer verbesserten interkantonalen Zusammenarbeit. Die Digitalisierung hat inzwischen alle Lebensbereiche erfasst und sie hat, wenn wir an die Cyberkriminalität denken, sogar die Art verändert, wie heute Vermögensdelikte begangen werden. Das bedeutet, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaften mit neuen Technologien Schritt halten und sich in die Lage versetzen müssen, mit den Bundesbehörden und untereinander digital kommunizieren zu können – gerade in den vielen interkantonalen Fällen, die in den Bereichen Betäubungsmittel und Cyber anfallen. Wenn jede Polizeibehörde ihre IT autonom und unkoordiniert beschafft, ist der Aufwand riesig, die einzelnen kantonalen Systeme über Schnittstellen miteinander zu verbinden. KKJPD und Bund haben deshalb die Programme «Harmonisierung der Schweizer Polizeiinformatik» und «Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz» lanciert. Ziel ist, dass möglichst viele Kantone und Bundesstellen gemeinsam Systeme beschaffen und durchgängig medienbruchfreie Arbeitsprozesse ermöglichen. Wir sind in den letzten Jahren auf diesem Verbesserungsprozess schon recht weit fortgeschritten. Jetzt gilt es den nächsten Schritt zu tun und die polizeilichen Kernanwendungen zu harmonisieren: Es gilt die Rapportierungssysteme zu vernetzen, ein gemeinsames Lagever-

bundsystem zu beschaffen und eine gemeinsame Lösung für die Kriminalanalyse zu finden. Die gemeinsamen Systeme sollen in Zukunft von einem neu zu gründenden Verein Polizeitechnik und Informatik (Verein PTI) beschafft werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind im Moment bei den Kantonen und beim Bund in Vernehmlassung.

Mittelfristig ist ein gemeinsames Informations- und Datenmanagement für die Schweizer Polizei anzustreben. Die Kantone und der Bund müssen dazu übergehen, gemeinsam zu beschliessen, welche Daten benötigt und bereitgestellt werden sollen und welche Systeme in welcher Priorität beschafft werden. Alles andere können wir uns auf Dauer gar nicht mehr leisten.

Was hat das alles mit Ihnen zu tun? Sie sollen Ihre Arbeit besser und einfacher machen können. Sie sollen beispielsweise mit einer einzigen Personenabfrage die Daten aus allen Systemen sehen können, für die Sie die Berechtigung besitzen. Sie sollen nicht Daten aus einer

polizeilichen Anwendung von Hand oder mit Copy-and-Paste in eine andere übertragen müssen. Und Sie sollen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kantonen gemeinsam elektronisch an einem interkantonalen Fall arbeiten können.

Das alles wird nicht ganz einfach zu realisieren sein. Jeder Kanton und jede Stadt entscheiden in unserem föderalen System nach wie vor selbst, wofür sie Geld ausgeben und was sie alleine oder gemeinsam realisieren wollen. Wenn wir aber in den angesprochenen Bereichen keinen gemeinsamen Nenner finden und den Polizeiföderalismus ein Stück weit neu erfinden, wird uns die technologische Entwicklung überholen und die Polizeibehörden überfordern. Das wäre dann eine echte Gefahr für den Föderalismus. ■

---

**«Verständnis dafür aufbringen, dass Politik und Bevölkerung grösstmöglichen Nutzen für ihren Steuerfranken erwarten.»**

---